

„Terror-Opfer verdienen die beste Versorgung“

Veröffentlicht am 14.10.2019 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Christian Schweppe**
Redakteur „Investigation und Reportage“

Edgar Franke ist der ständige Opferbeauftragte der Bundesregierung. Im WELT-Interview sagt er den Opfern und Betroffenen des Terroranschlags von Halle schnelle und unbürokratische Hilfe zu, auch finanziell. Ein Härtefallfonds besteht bereits.

WELT: Herr Franke, die Nachricht des [Anschlags von Halle \(/politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html\)](/politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html) erreichte Sie auf einer Delegationsreise in Australien. Wie blicken Sie als Opferbeauftragter der Bundesregierung auf diese Tat?

Edgar Franke: Ich war erschüttert als die Nachricht mich erreichte und flog sofort zurück nach Deutschland. Ich glaube, wir haben immer gehofft, dass wir einen solchen [Anschlag \(/politik/deutschland/live201652842/Halle-Taeter-Stephan-Balliet-lernte-Schiessen-bei-der-Bundeswehr.html\)](/politik/deutschland/live201652842/Halle-Taeter-Stephan-Balliet-lernte-Schiessen-bei-der-Bundeswehr.html) in diesem Land nicht erleben würden. Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen der beiden Getöteten, den Verletzten, der jüdischen Gemeinde und allen Betroffenen in [Halle \(/politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html\)](/politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html) und Landsberg. Es macht mich tief betroffen, dass Menschen jüdischen Glaubens am jüdischen Versöhnungstag Jom Kippur attackiert wurden. Die Tat war ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung gegenüber allen, die bei diesem Angriff so viel Leid erfahren haben. Ich stehe als Opferbeauftragter der Bundesregierung allen Betroffenen als Ansprechpartner beiseite. Diese können sich jederzeit an mich wenden. Antisemitismus und Fremdenhass haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

WELT: Sie sind zuständig für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen terroristischer Straftaten. Was konkret ist Ihre Aufgabe?

Franke: Das Amt als [Opferbeauftragter \(https://www.bmjv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/Opferbeauftragter/Opferbeauftragter_neu.html?nn=6765808\)](https://www.bmjv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/Opferbeauftragter/Opferbeauftragter_neu.html?nn=6765808) und die Hilfe, die es anbietet, beziehen sich auf terroristische Straftaten im Inland. Es gibt eine eigene Geschäftsstelle im Bundesjustizministerium, die sich um die individuellen Anliegen der [Betroffenen \(/politik/deutschland/plus201721072/Terror-in-Halle-Drei-Maler-trafen-auf-den-Taeter-einer-ueberlebte-es-nicht.html\)](/politik/deutschland/plus201721072/Terror-in-Halle-Drei-Maler-trafen-auf-den-Taeter-einer-ueberlebte-es-nicht.html) kümmert. Wir haben sichergestellt, dass psychosoziale Hilfe am Telefon vermittelt werden kann. Ein Mitarbeiter ist nach dem Anschlag sofort nach Halle gefahren. Ich selbst war am Donnerstag und Freitag vor Ort. Auch in dieser Woche werde ich wieder nach Sachsen-Anhalt fahren und mit den von dem Anschlag Betroffenen Gespräche führen.

WELT: Und wie genau können Sie Opfer und Hinterbliebene unterstützen?

Franke: Wir haben mit den uns bekannten unmittelbar Betroffenen und Hinterbliebenen persönlich Kontakt aufgenommen, sie angerufen und unsere Hilfe angeboten. Wir leisten entweder selbst Unterstützung oder vermitteln geeignete Ansprechpersonen. Betroffene haben zum Beispiel in finanzieller und praktischer Hinsicht Bedarf. Auch psychologische Unterstützung können wir vermitteln. Diese Hilfe muss schnell und unbürokratisch ankommen.

WELT: Reden wir zu viel über Täter?

Franke: Wir müssen mehr über die [Opfer \(/politik/deutschland/plus201721072/Terror-in-Halle-Drei-Maler-trafen-auf-den-Taeter-einer-ueberlebte-es-nicht.html\)](/politik/deutschland/plus201721072/Terror-in-Halle-Drei-Maler-trafen-auf-den-Taeter-einer-ueberlebte-es-nicht.html) solcher Terrorangriffe reden. Zu lange haben wir nur ‚den Täter‘ soziologisch betrachtet. Aber ich glaube, man darf die Opfer – alle Opfer – nicht vergessen. Sie haben Unterschiedlichstes erlebt und jeweils eigene Bedürfnisse und Sorgen. Wir müssen alles dafür tun, dass sie gut wieder in ihr Leben zurückfinden. Dafür braucht es besondere Unterstützung.

WELT: Was bedeutet ein Terroranschlag Ihrer Erfahrung nach für die Betroffenen? Ist das für Außenstehende überhaupt zu fassen?

Franke: Nein. Terroranschläge verändern das normale Leben der Menschen völlig. Und das unvermittelt. Terror richtet sich gegen unsere freiheitliche Gesellschaft. Deswegen steht der Staat auch im Fall [Halle \(/politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html\)](/politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html) in einer besonderen Verantwortung. Wir wollen helfen, wo wir können.

WELT: Sie waren laut Facebook und [Twitter \(https://twitter.com/FrankeEdgar\)](https://twitter.com/FrankeEdgar) beim Gottesdienst der jüdischen Gemeinde und im Krankenhaus. Konnten Sie vor Ort in Halle bereits erste Gespräche führen?

Franke: Ich glaube, dass die Menschen nun etwas Zeit brauchen, das Geschehene zu verarbeiten. Und dann kann man vielleicht gezielt über ihre Bedürfnisse reden. Viele wollen erst mal in Ruhe gelassen werden, selbstverständlich ist das in Ordnung. Wir möchten Sicherheit geben, indem wir informieren und signalisieren: Es gibt Repräsentanten, die in dieser Situation jederzeit erreichbar sind. Wir werden auch in Zukunft immer ansprechbar sein.

WELT: Wie ist die Opferbetreuung nach der Kritik am Umgang mit Opfern des Anschlags vom Berliner Breitscheidplatz (</vermischtes/plus171655616/Nichts-mehr-da-wo-es-vorher-war.html>) verbessert worden?

Franke: Die Bundesregierung hat es sich nach den Erfahrungen aus dem Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz zum Ziel gesetzt, den Opferschutz zu verbessern. Mit meiner Stelle wurde eine zentrale und dauerhafte Anlaufstelle für Opfer von terroristischen Straftaten im Inland geschaffen. Doch auch neue Regelungen in der finanziellen Soforthilfe sind eine Lehre aus dem Umgang mit dem Anschlag von 2016. Wer durch eine Traumatisierung oder seinen Schmerz nicht in der Lage ist, alltägliche Dinge in solch einer Situation selbst zu erledigen, dem kann dieses Angebot helfen.

Die finanziellen Entschädigungen für Hinterbliebene wurden deutlich erhöht. Nahe Angehörige wie Eltern, Kinder und Ehegatten erhalten beispielsweise 30.000 Euro als pauschale Soforthilfe. Diese werden aus einem

Härtefallfonds des Bundes bezahlt, der vom Bundesamt für Justiz verwaltet wird. Auch für Verletzte und Personen, die einen schweren Schock erlitten haben, stehen sofortige Hilfspauschalen bereit.

WELT: Geld ist nur das eine ...

Franke: Es gibt diese Hilfe, weil Opfer in solchen Fällen stellvertretend für den Staat angegriffen worden sind. Sie sollen in dieser Situation mit den Formularen nicht alleingelassen werden und lange warten müssen. Wir wollen unkompliziert helfen. Das Bundesamt für Justiz kann erste Soforthilfen binnen kürzester Zeit erbringen. Auch Opfer des Anschlags von Halle (</politik/deutschland/article201674670/Halle-Nach-und-nach-wird-die-Brutalitaet-des-Angriffs-deutlich.html>) können Hilfen aus diesem Härtefallfonds erhalten. Darüber hinaus gibt es ein vielfältiges Hilfsangebot durch Opferhilfeeinrichtungen oder psychosoziale Unterstützung in Traumaambulanzen, das wir vermitteln können.

WELT: Und wie ist der Stand in der laufenden Reform des Entschädigungsrechts (</politik/deutschland/article188871221/Edgar-Franke-ueber-die-Entschaedigung-von-Terroropfern-in-Deutschland.html>)? Dass Opfern von Terror, körperlicher und seelischer Gewalt besser geholfen werden soll, steht immerhin im Koalitionsvertrag.

Franke: Dort ist vereinbart, dass Opferentschädigungen im Sinne der Opfer (</politik/deutschland/plus201721072/Terror-in-Halle-Drei-Maler-trafen-auf-den-Taeter-einer-ueberlebte-es-nicht.html>) zielgenauer und angemessener geregelt werden. In dem neuen Opferentschädigungsrecht wird das bisherige Opferentschädigungsgesetz mit der alten Kriegsfürsorge in ein modernes Sozialgesetzbuch XIV überführt. Teilhabe und Leistungen sollen für Betroffene von Gewaltstraftaten wesentlich verbessert werden. Renten können zum Beispiel bis zu 2000 Euro betragen bei einem hundertprozentigen Grad der Schädigung.

Als Abgeordneter und Opferbeauftragter (https://www.bmjv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/Opferbeauftragter/Opferbeauftragter_neu.html?nn=6765808) bin ich unabhängig: Ich habe meine Erfahrungen aus der Arbeit mit Terroropfern aktiv in den Prozess eingebracht und zu aktuell geplanten sozialrechtlichen Ansprüchen einige kritische Anmerkungen gemacht: Wir müssen die Leistungen insbesondere für Opfer schwerer Gewalt erheblich erhöhen. Das ist notwendig und stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

WELT: Gibt es für dieses geplante Gesetz denn schon einen Entwurf?

Franke: Ja. Wir haben zeitnah die erste Lesung des Kabinettsentwurfs, der für die Opfer aus meiner Sicht eine wesentliche Verbesserung bedeutet. Es geht nun also ins parlamentarische Verfahren. Anspruch auf Hilfe werden nach dem neuen Gesetz dann hoffentlich auch Tatzeugen terroristischer Taten haben. Wir sollten den höchstmöglichen Standard festschreiben, wenn es um Heilbehandlungen und Reha-Maßnahmen geht. Dafür brauchen wir aber aus meiner Sicht die gesetzliche Unfallversicherung. Opfer terroristischer Anschläge sollten die bestmögliche Versorgung erhalten – das heißt eine Rehabilitation mit allen geeigneten Mitteln.

Zur Person

Edgar Franke, 59, ist seit 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Dort war er Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und hat in der aktuellen Wahlperiode neben dem Parlamentsmandat das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen (https://www.bmjv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/Opferbeauftragter/Opferbeauftragter_neu.html?nn=6765808) von terroristischen Straftaten im Inland übernommen. Mit ihm als ständig eingesetzten Vertreter haben Betroffene von Terroranschlägen in Deutschland einen zentralen Ansprechpartner, der sie mit emotionalem Beistand und praktischem Rat unterstützt. Als Abgeordneter kann Franke den Opfern auch politisch eine Stimme geben, etwa im derzeit andauernden Gesetzgebungsprozess zur neuen Opferentschädigung.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/201884674>